

126. Plenarsitzung am 6. April 2017

Drs. 17/6405: Hausärztliche Versorgung in Niedersachsen stärken

Drs. 17/7418: Ärztliche Ausbildung, Anerkennung und Niederlassung für die hausärztliche Versorgung in Niedersachsen sicherstellen

- Abschließende Beratung -

Rede des Landtagsabgeordneten Burkhard Jasper:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn es um die Versorgung mit Hausärzten geht, erleben wir bei der rot-grünen Landesregierung ein Phänomen: Einerseits wird darauf hingewiesen, dass die Landesregierung für die Sicherstellung nicht zuständig sei. Andererseits werden Presseinformationen herausgegeben, wonach man angeblich bei der Hausarztversorgung Erfolge erzielt habe. Sie sind also nicht zuständig, haben aber trotzdem Erfolge erzielt. Es handelt sich somit um eine Art Wunder, eben um ein Phänomen.

Aber auf Wunder sollte die Landesregierung nicht warten, sondern aktiver werden. Ich deute diese Aussagen so, dass SPD und Grüne den Handlungsbedarf erkannt haben. Die bisherigen Maßnahmen reichen jedoch nicht aus, um das Problem zu lösen.

Wie ist die Situation? In Niedersachsen fehlten 2016 360 Hausärzte. Beispielsweise sind im Emsland 13,5, im Landkreis Osnabrück 8 und in der Grafschaft Bentheim 7 Hausarztsitze unbesetzt. In Emden droht ein Mangel an Allgemeinmediziner. Auch Großstädte werden bald betroffen sein. In Wien fehlen schon 300 niedergelassene Allgemeinmediziner. Somit muss eine Abwanderung befürchtet werden.

Was sind die Ursachen? Viele Hausärzte scheiden in den kommenden Jahren aus Altersgründen aus. In manchen Regionen Niedersachsens sind 30 % bis 50 % der Inhaber von Hausarztpraxen über 60 Jahre alt. Aktuell findet bundesweit nur jeder zweite Hausarzt einen Nachfolger.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist schwierig. Väter und Mütter wollen geregelte Arbeitszeiten. Der medizinische Fortschritt führt dazu, dass ambulante Behandlungsmöglichkeiten zunehmen und deshalb ein Krankenhausaufenthalt nicht erforderlich ist. Die Belastung der Hausarztpraxen steigt dadurch. Die Alterung der Bevölkerung trägt auch zu einem Mehrbedarf an ärztlichen Leistungen bei. In Bayern wird eine Zunahme des Behandlungsbedarfs um 10 % erwartet.

Somit besteht ein dringender Handlungsbedarf. Die Ärzteversorgung ist nicht nur eine Notwendigkeit aus humanitären Gründen. Sie ist ein Standortfaktor mit Blick auf die Ansiedlung von jungen Familien und natürlich auch für ältere Menschen.

Die Landfrauen und die Landjugend haben ein 9 Punkte-Programm vorgestellt. Der Präsident des Niedersächsischen Städte und Gemeindebundes, Marco Trips, erklärte:

„Wenn jetzt keine gegensteuernden Maßnahmen getroffen werden, droht einigen Kommunen in wenigen Jahren eine Unterversorgung mit Ärzten, mit der Folge, dass diese Kommunen erheblich an Attraktivität verlieren werden.“

Übrigens könnte sich die Landesregierung an den Kommunen ein Beispiel nehmen: Die sind schon sehr kreativ. Die Landesregierung sollte solche Initiativen stärker unterstützen, statt Mittel zu reduzieren.

Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob es ausreichend Studienplätze für Medizin gibt. Der Hausärzterverband, die Kassenärztliche Vereinigung und der Ausschuss für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung fordern eine Steigerung der Anzahl der Plätze. Während es 1990/1991 noch 785 Studienplätze gab, waren es 2016/2017 nur noch 596 in Niedersachsen. Somit ist ein Rückgang um 189 Vollstudienplätze zu verzeichnen. An der Stelle gegenzusteuern, ist eine Landesaufgabe.

Die CDU will mit ihrem Antrag erreichen, dass Anreize für eine Tätigkeit als Hausarzt gegeben werden. Ein Anreiz wäre sicherlich eine Verbesserung der Vergütungsregelung, aber dies ist eine Bundesangelegenheit. Die CDU hat in ihrem Antrag konkrete Vorschläge unterbreitet. Insgesamt haben wir für verschiedene Maßnahmen für den Doppelhaushalt 2017/2018 zusätzlich jährlich 600.000 Euro beantragt. SPD und Grüne haben dies leider abgelehnt.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht erstaunlich, dass der Antrag von SPD und Grünen unzureichend ist. Sie begrüßen die – ungenügenden - Bemühungen der rot-grünen Landesregierung und fordern Planungen und Prüfungen, wo Handeln notwendig wäre. Gespräche in den Gesundheitsregionen allein lösen die Probleme nicht. Das Förderprogramm für neue Niederlassungen wird von der Landesregierung nicht mehr unterstützt. Die Kassenärztliche Vereinigung und die Krankenkassen finanzieren diesen Strukturfonds allein.

Die CDU setzt den Schwerpunkt auf Gemeinschaftspraxen und medizinische Versorgungszentren in Gestalt von Ärzte MVZ und reinen Hausarzt-MVZ. Bei SPD und Grünen haben kommunale Zentren Priorität. Die CDU will die Selbstständigkeit fördern.

Das Stipendienprogramm ist nicht der große Wurf. Es geht um maximal 96.000 Euro für höchstens 20 Studierende. Damit kann der Mangel nicht beseitigt werden. Der Masterplan 2020 droht zu scheitern, obwohl sich Bund und Ländern inhaltlich geeinigt haben. Auch hier ist die Landesregierung nicht bereit, sich angemessen an den Kosten zu beteiligen. Aber das kennen wir ja schon: Zahlen sollen die Kommunen und der Bund.

Dabei soll nach dem Masterplan, wie dies die CDU unter Nr. 1 fordert, die Allgemeinmedizin aufgewertet und ein Teil des Praktischen Jahres bei einem niedergelassenen Arzt verbracht werden. Der Einsatz, den SPD und Grüne von der Landesregierung fordern, kann in der Tat verbessert werden. Lehrstühle für Allgemeinmedizin sind schon vorhanden. Und eine Optimierung der Bedarfsplanung erzeugt noch keine Ärzte. Zudem gibt es dazu ein großes Gutachten auf Bundesebene.

Schließlich geht das Bemühen um Weiterbildungskonzepte nicht weit genug. Die CDU hat in ihrem Antrag vier konkrete Vorschläge dazu unterbreitet. Wir sind somit SPD und Grünen einen gewaltigen Schritt voraus. Bei den Praxisassistenten brauchen wir keine Modelle mehr, sondern, wie es die CDU fordert, einen Ausbau der Möglichkeiten zur Entlastung der Hausärzte, beispielsweise bei Patientenbesuchen.

Der CDU-Antrag davon habe ich Sie jetzt sicherlich überzeugt trägt zu einer Verbesserung der hausärztlichen Versorgung bei, während der Antrag der SPD und der Grünen die Forderung nach einem entschlossenen Handeln vermissen lässt. Stimmen Sie deshalb dem CDU-Antrag zu!